Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen

Sitzungstermin:	Montag, 08.06.2020
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:27 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r
David Wulff

Mitglied

Walter Noack	
Jan Evers	
Marian Moscinski	Vertretung für: Johannes Barsch
Bettina Bruns	
Yvonne Görs	
Heiko Jaap	
Dr. Andreas Kerath	
Gamal Khalil	
Gesine Krauel	
Alexander Krüger	
Marvin Medau	
Robert Gabel	Vertretung für: Birgit Socher
Gerd-Martin Rappen	

Protokollant/in
Birgit Rosolski

Abwesend

Mitglied

Johannes Barsch	entschuldigt
Sandro Hersel	entschuldigt
Birgit Socher	entschuldigt

Gäste:

Dr. Stefan Fassbinder	Angela Baas	Anja Juhnke
Diana Schleer	Katrin Teetz	Friedrich Fichte
Winfried Kremer		
Thomas Beil	Lorenz Rindler	Tim Diedrich
Ralf Diedrich	Anita Weiß	Petra Hase
Björn Pasemann		

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung	
3	Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.03.2020	
4	Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen	
5	Mitteilungen der Verwaltung	
6	Mitteilungen des/r Vorsitzenden	
7	Beschlusskontrolle	
8	Beratung der Beschlussvorlagen	
8.1	Geschäftsordnung für den Beirat der ABS gGmbH	BV-V/07/0180
8.2	Überplanmäßige Auszahlung Maßnahme "Schöpfwerk An der Mühle"	BV-V/07/0197
8.3	Nachtragswirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebes Seesportzentrum Greif	BV-V/07/0208
8.4	Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	BV-V/07/0195
8.5	Nachtragssatzung zum Doppelhaushalt 2019/ 2020 zur Haushaltssatzung 2020	BV-V/07/0204
8.5.1	Änderungsantrag zur Nachtragssatzung zum Doppelhaushalt 2019/2020 zur Haushaltssatzung 2020 ***SPD-Fraktion***	BV-P/07/0160
8.6	Konzept des Greifswalder Stadtforstes	BV-V/07/0184
8.7	Befristete Verlängerung von landwirtschaftlichen Pachtverträgen	BV-V/07/0200

8.8	Ausreichende Ausstattung von Schulsozialarbeit für die Greifswalder Schulen und verbesserte Ausstattung mit Jugendsozialarbeit und Straßensozialarbeit ***Erik von Malottki für BiA; Frau Dr. Mignon Schwenke für SoA, Herr Ibrahim Al Najjar für die OTV SWI/Südstadt***	BV-P/07/0111-01
8.9	Parken in Greifswald ***CDU-Fraktion***	BV-P/07/0128-01
8.10	Konzept zum dezentralen Parken, E-Lademöglichkeiten und Unterstellmöglichkeiten für Zweiräder ohne Verbrennungsmotor ***Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN***	BV-P/07/0143
8.11	Entlastung der Greifswalder Gastronomie ***CDU-Fraktion***	BV-P/07/0152
8.12	Vorkaufsrechtssatzung Steinbeckervorstadt (II) ***SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ***	BV-P/07/0154
8.13	Moormanagement ***Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN***	BV-P/07/0157
9	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses	
10	Ende der Sitzung	

Nichtöffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung	
3	Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.03.2020	
4	Mitteilungen der Verwaltung	
5	Mitteilungen des/r Vorsitzenden	
6	Beschlusskontrolle	
7	Beratung der Beschlussvorlagen	
7.1	Verpachtung von Grünlandflächen zur Errichtung einer Photovoltaikanlage	BV-V/07/0185-01
7.2	Verkauf von zwei Teilflächen „hinter Dorfstraße 78 a“ in Wieck	BV-V/07/0186
7.3	Ankauf eines Grundstücks im Helmshäger Berg und Abschluss eines Pachtvertrages mit der ABS gGmbH	BV-V/07/0194

7.4	Vergabe eines Grundstücks an der Siemensallee zum Bau einer Kindertagesstätte (1. Ergänzung)	BV-V/07/0205
8	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses	
9	Ende der Sitzung	

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Wulf eröffnet die Sitzung mit 14 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Nachträglich wird auf die Tagesordnung der „Änderungsantrag zur Nachtragssatzung zum Doppelhaushalt 2019/2020 zur Haushaltssatzung“ der SPD-Fraktion unter dem Tagesordnungspunkt 8.5.1 gesetzt.

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	0

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.03.2020

Es gibt keinen Änderungsbedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	0	4

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

keine

5 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dr. Fassbinder informiert

- über die Bitte des Ausschussvorsitzenden zu dem gefassten Beschluss „Außerplanmäßige Ausgabe für die Beschaffung einer Software für ein

Online-Terminmanagement“ aus dem Hauptausschuss Stellung zu beziehen.

Es handelt sich um eine außerplanmäßige Ausgabe, die ursprünglich für den nächsten Haushalt vorgesehen war, aber aufgrund von Corona-Herausforderungen vorgezogen wurde.

- über den am 03.02.2020 gefassten Beschluss „Investitionsprogramm kinderfreundliches Greifswald“.

  Für den Beschluss der Bürgerschaft „Investitionsprogramm Kinderfreundliches Greifswald" vom 03.02.2020 bereitet die Verwaltung die Umsetzung vor. Zunächst mussten die dafür vorgesehenen Mittel noch im Nachtragshaushalt eingeordnet werden. Es ist die Veröffentlichung einer Ausschreibung für diesen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 500.000 EUR vorgesehen. Ziel ist die schnellstmögliche Schaffung neuer Kita-Kapazitäten. Als Vergabevoraussetzung ist von der Bürgerschaft die Erreichung des Nachhaltigkeitssiegels DNG Silber beschlossen worden. Ein solches Siegel gibt es nicht. In Anwendung des Bürgerschaftsbeschluss B231-09/15 sollen die Bauverantwortlichen frei entscheiden, das System zum nachhaltigen Bauen im Sinne der wirtschaftlich günstigsten Variante auszuwählen. Das „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB)“ sowie das Zertifizierungssystem der „Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB)“ werden in diesem Zusammenhang als zweckgerecht definiert. Die Erreichung des Nachhaltigkeitsstandards „Silber“, welches es bei beiden Systemen gibt, muss als Fördervoraussetzung dokumentiert werden.

6 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

keine

7 Beschlusskontrolle

keine

8 Beratung der Beschlussvorlagen

8.1 Geschäftsordnung für den Beirat der ABS gGmbH — BV-V/07/0180

Frau Teetz informiert, dass mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages wieder die Einrichtung eines Beirates vorgesehen ist.

Die Frage von Herrn Dr. Kerath, warum der Landkreis entsendeberechtigt sei, obwohl er kein Mitgesellschafter ist, beantwortet Frau Teetz mit der Geschäftstätigkeit der ABS, die sich teilweise bis in den Landkreis erstreckt.

Da der Beirat eine beratende und empfehlende Funktion ausüben soll, und keine beschlussfassende Funktion hat, wird die Mitgliedsstärke von höchstens acht Mitgliedern als unkritisch angesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	3

8.2 Überplanmäßige Auszahlung Maßnahme "Schöpfwerk An der Mühle" BV-V/07/0197

Die Abwesenheit von Frau Köppe wird beanstandet. Die Vorlage wird von Herrn Dr. Fassbinder eingebracht.

Die Notwendigkeit der Maßnahme ist unstrittig, jedoch werden die ständigen Kostensteigerungen kritisiert. Herr Krüger schlägt vor, zukünftig Kostensteigerungen schon in die Planungen einzurechnen.

Frau Köppe wird zur Hauptausschusssitzung eingeladen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	1	0

8.3 Nachtragswirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebes Seesportzentrum Greif BV-V/07/0208

Die Vorlage wird von Herrn Fichte eingebracht. Durch notwendige Reparaturarbeiten mussten im Februar dieses Jahres alle Törns abgesagt werden. Damit einhergehend ist ein großer Einbruch bei den Törnerlösen, die im Wirtschaftsplan geplant waren, zu verzeichnen. Des Weiteren ist der Eigenbetrieb durch die Corona-Krise betroffen (Schipp-In und Wieck-Information geschlossen). Durch diese Problemlagen bedarf es weiterer Zuschüsse in Höhe von 261.300 EUR, um liquide zu bleiben.

Herr Fichte bezieht Stellung zu den Fragen von Herrn Rappen:

1) Kann man noch gegensteuern (bei den Personalkosten durch Kurzarbeit)?

Die Problematik der Personalaufwendungen wurde im Betriebsausschuss besprochen. Weitere Ausführungen müssten ggf. im nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung getätigt werden.

2) Was erwartet uns im kommenden Jahr, wenn das Schiff nicht fahren kann?

Wird vom Resultat des Sanierungskonzeptes abhängen. Abschließend kann zum jetzigen Zeitpunkt dazu keine Aussage getätigt werden.

3) Was passiert, wenn die Bürgerschaft einer Beschlussfassung nicht zustimmt?

Laut Eigenbetriebsverordnung muss in jedem Fall die Liquidität zugeführt werden.

4) Liegt das Sanierungskonzept schon vor?

Das Sanierungskonzept liegt seit einer Woche vor und wird derzeitig intern auf Plausibilität (Kostenplan und Leistungsverzeichnis) geprüft. Danach wird zusammen mit dem Oberbürgermeister und dem Beteiligungsmanagement der Termin der Veröffentlichung besprochen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	1	1

8.4 Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen — BV-V/07/0195

Frau Baas erklärt, dass es sich hier um einen Vorratsbeschluss handelt, um ggf. handlungsfähig zu sein.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	0

8.5 Nachtragssatzung zum Doppelhaushalt 2019/ 2020 zur Haushaltssatzung 2020 — BV-V/07/0204

Der Nachtragshaushalt ist allen Ausschussmitgliedern mit Änderungsliste zugegangen. Frau Baas erläutert die Einarbeitungen in den Nachtragshaushalt (u.a. 1 Mio. EUR resultierend aus der BS-Vorlage „Solidarisch miteinander umgehen ...; alle neuen Werte, die mit dem FAG für 2020 der Stadt zugutekommen; Mehreinzahlungen Gewerbesteuer aufgrund Nachzahlungen von Festsetzungen aus 2018; bisher gefasste Beschlüsse Apl./Üpl. plus Wirtschaftspläne; Nachtragswirtschaftsplan vom Seesportzentrum; Mehraufwendungen für die Planung Werterhaltung von Straßen in Höhe von 200.000 EUR; Schullastenausgleich in Höhe von 360.000 EUR; Mehraufwendung von Schülerversicherungen in Höhe von ca. 45.000 EUR). Aufgrund der Corona-Pandemie werden zukünftig weniger Zuweisungen vom Land kommen (perspektivisch ca. 10 - 20 %). Zur genauen Höhe und zu welchem Zeitpunkt (ob dies schon 2020 greift oder erst in 2021) kann das Innenministeriums noch keine Aussagen tätigen.

Herr Dr. Fassbinder ergänzt, dass auch noch ein Nachtragsstellenplan bis zur Bürgerschaftssitzung vorgelegt wird. Vorgeschlagen werden 4,5 Stellen, die per Bürgerschaftsbeschluss beschlossen wurden (1,5 Stellen SB Wohngeld, 1 Stelle Beauftragte für bezahlbares Wohnen, 1 Stelle Masterplanmanager, Stelle für die Einführung des BIM). Außerdem sollen 2 weitere Stellen, wie in den letzten

Ausschusssitzungen besprochen, bereits jetzt aufgenommen werden. Dies betrifft 1 Stelle Sachbearbeiter Landwirtschaft im Immobilienverwaltungsamt und 1 Stelle Sachbearbeiter Verkehrsplaner im Tiefbau- und Grünflächenamt.

Auf Nachfrage zur Größe der bisher beantragten Stundungen Gewerbesteuer informiert Frau Baas, dass diese ca. 300.000 EUR beantragen. Anpassungen von Vorauszahlungsbescheiden seitens des Finanzamtes erfolgten in Höhe von 2 Mio. EUR.
Bezüglich der Frage von Herrn Evers, wie die Umsetzung der Beschlussvorlage „Solidarisch miteinander …“ erfolgen soll (Ausgabe der 1 Mio. EUR), erläutert Herr Dr. Fassbinder, dass dazu eine Richtlinie erarbeitet wird. Die Inkraftsetzung der Richtlinie erfolgt dann mit Genehmigung des Nachtragshaushaltes durch das Innenministerium. Eine Diskussion zum Inhalt der Richtlinie wird es im politischen Raum nicht geben. Herr Dr. Fassbinder betont, dass eine Umsetzung des Beschlusses erfolgt.

Zur Frage von Herrn Rappen, wie sich die Summe zum Schullastenausgleich erklärt, informiert Frau Baas, dass es sich hier um Nachberechnungen aus den vergangenen Jahren handelt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	1	0

8.5.1 Änderungsantrag zur Nachtragssatzung zum Doppelhaushalt 2019/2020 zur Haushaltssatzung 2020 — BV-P/07/0160

Die Vorlage wird von Herrn Dr. Kerath eingebracht.

Es wird von Herrn Rappen die Frage gestellt, ob mit den neuen angedachten Personalstellen die Personalmittel für dieses Jahr ausreichend sind (im Nachtragshaushalt ist für dieses Jahr kein neuer Mittelbedarf enthalten). Da einige Stellen, wie z. B. im Ingenieurbereich, nicht besetzt sind, und durch Minderausgaben wegen Corona würden für dieses Jahr die Mittel reichen, so Herr Dr. Fassbinder.

Zum Punkt 3 wird vorgeschlagen, die Summe der zusätzlich bereitgestellten Mittel auf 300.000 EUR zu korrigieren (im Endeffekt sollen im Nachtragshaushalt 500.000 EUR stehen).

Herr Krüger spricht sich positiv für die „Spiegeldienstposten“ aus, bittet aber die Verwaltung bis zum Hauptausschuss oder zeitnah vor der Bürgerschaftssitzung um realistische Zahlen, wie viele Stellen gespiegelt werden sollen. Des Weiteren wird um Information bis zur Bürgerschaft gebeten, wie viele zusätzliche Stellen die Verwaltung im nächsten Haushalt plant.

Es wird Einzelabstimmung zu den Punkten beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung Punkt 1

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	2	5

Einzelabstimmung Punkt 2

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	5	0

Einzelabstimmung Punkt 3

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	1	0

Einzelabstimmung Punkt 4

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	7	2

8.6 Konzept des Greifswalder Stadtforstes BV-V/07/0184

Das Konzept wird von Herrn Kremer vorgestellt und findet uneingeschränkte Zustimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	0

8.7 Befristete Verlängerung von landwirtschaftlichen Pachtverträgen BV-V/07/0200

Herr Kremer führt aus, dass die Neuvergabe der bis Ende 2023 auslaufenden Pachtverträge entsprechend den Vorgaben der Bürgerschaft zeitlich nicht umgesetzt werden können. Deshalb wird mit dieser Vorlage eine Zwischenlösung angeboten, die Pachtverträge, die bis Ende 30.09.2023 auslaufen, um zwei Jahre zu verlängern und in diesem Zeitraum dann neu auszuschreiben. Auch kann dann innerhalb der zwei Jahre das Thema Naturschutzberatung geklärt werden.

Herr Krüger konstatiert, dass abweichend von den Beschlüssen der Bürgerschaft von November 2019 an der Vorlage noch gearbeitet werden muss. Bis zur Bürgerschaftssitzung würde die Fraktion gerne mit dem Immobilienverwaltungsamt in Austausch treten, um eine gemeinsame Vorlage zu erarbeiten, die dann alle Eventualitäten abdeckt.

Es wird Rederecht für Herrn Thomas Beil, Greifswalder Agrarinitiative, beantragt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme

Herr Beil freut sich über die Gesprächsbereitschaft der Stadt und bietet an, direkt mit den Pächtern ins Gespräch zu kommen.

Herr Gabel hinterfragt die Notwendigkeit des Punktes 1, wenn eine zusätzliche Stelle im Immobilienverwaltungsamt zur Umsetzung geschaffen wird und die Gutachten von Verpachten e. V. kostenlos erarbeitet werden.

Die Besetzung der Stelle kann erst nach Genehmigung des Innenministeriums ausgeschrieben und besetzt werden, so Herr Kremer. Des Weiteren beendet die bestehende Stelle Ende März 2021 das Arbeitsverhältnis aus Altersgründen, das wiederum zur Folge hat, dass diese Stelle denn auch neu besetzt werden muss. Perspektivisch gesehen, wird vorläufig nur eine Stelle besetzt sein. Bezüglich Gutachten werden in der Verwaltung Standards definiert.

Derzeitig wird ein Vorschlag erarbeitet, wo ein Raster festgelegt werden soll, welche Mindestanforderungen an ein Gutachten gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	4	4

8.8 Ausreichende Ausstattung von Schulsozialarbeit für die Greifswalder Schulen und verbesserte Ausstattung mit Jugendsozialarbeit und Straßensozialarbeit — BV-P/07/0111-01

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	4	2

8.9 Parken in Greifswald — BV-P/07/0128-01

Herr Dr. Kerath möchte wissen, ob es für die veranschlagte Bauzeit von zwei Jahren anderweitige Parkmöglichkeiten zur Überbrückung geben wird. Dies wird von Herrn Dr. Fassbinder verneint. Frau Teetz ergänzt, dass nur ein Teil des Parkplatzes bebaut wird und demzufolge wahrscheinlich einige Parkplätze mit veränderten Zu- und Ausfahrten bestehen bleiben würden.

Herr Krüger bezeichnet diese Vorlage als obsolet, da der Aufsichtsrat der Greifswalder Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft (GPG) mittlerweile einen Beschluss zur Planung eines Parkhauses gefasst hat. Herr Rappen entgegnet,

dass sich die Bürgerschaft mit diesem Beschluss eindeutig zum Bau eines Parkhauses bekennen sollte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	8	0

8.10 Konzept zum dezentralen Parken, E-Lademöglichkeiten und Unterstellmöglichkeiten für Zweiräder ohne Verbrennungsmotor BV-P/07/0143

Die Vorlage wird von Herrn Krüger eingebracht. Ziel der Vorlage ist es, bis zum nächsten Doppelhaushalt ein Konzept vorzulegen, wie man mit dezentralem Parken umgehen will.

Frau Görs hinterfragt, ob diese Vorlage im Konsens mit dem zu erwartenden Verkehrskonzept steht oder einen Vorgriff auf dieses darstellt. Herr Dr. Fassbinder erklärt, dass es im Mobilitätswerkstattprogramm hauptsächlich um die Pendlerströme geht. Detailliert können keine weiteren Aussagen getroffen werden.

Befragt zur Radstation informiert Herr Kremer, dass eine Ausschreibung der Radstation kein wirtschaftliches Ergebnis gebracht hat, sodass eine erneute Ausschreibung erfolgen musste, deren Ausschreibungsfrist in der 25. KW endet. Mit einem besseren Ergebnis erhofft man sich noch eine Realisierung in diesem Jahr, vorausgesetzt, dass es keine Probleme mit den Kosten geben wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	5	0

8.11 Entlastung der Greifswalder Gastronomie BV-P/07/0152

Die Vorlage wird von Herrn Rappen eingebracht. Herr Dr. Fassbinder informiert, dass beide Punkte der Vorlage bereits umgesetzt werden. Aufgrund dessen wird diskutiert, ob die CDU-Faktion die Vorlage zurückzieht. Herr Jaap argumentiert dagegen, da mit der Vorlage dem Oberbürgermeister für sein Handeln auch Legitimation erteilt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	1	1

8.12 Vorkaufsrechtssatzung Steinbeckervorstadt (II) BV-P/07/0154

Herr Dr. Kerath erklärt die Beweggründe, warum die Politik diesen Satzungsentwurf einbringt: Im Herbst 2019 wurde ein Beschluss gefasst, für die Steinbeckervorstadt eine Vorkaufsrechtssatzung zu erarbeiten. Die Verwaltung sollte reagieren, wenn der Masterplan auf den Weg gebracht wird; bedingt durch Corona steht der Masterplan am 02.07.2020 zur Abstimmung in der Bürgerschaft. Die Politik hätte sich gewünscht, dass die Verwaltung parallel dazu einen entsprechenden Satzungsentwurf vorlegt hätte. Da sie es nicht getan hat, hat die Fraktion eine Vorlage vorbereitet.

Herr Dr. Fassbinder betont, dass eine Vorkaufsrechtssatzung auch rechtssicher sein muss. Verwaltungsseitig wird eine eigene Satzung vorgelegt, die dann wahrscheinlich auch in vielen Punkten mit der von der Fraktion identisch sein wird. Da sie einen räumlichen und inhaltlichen Bezug zum Masterplan herstellen muss, kann sie auch erst nach dem Masterplan verabschiedet werden.

Von Herrn Krüger wird vorgeschlagen, dass sich die Verwaltung und die Fraktion ins Benehmen setzen und eine gemeinsame Vorlage einbringen. Herr Dr. Kerath kritisiert an dieser Stelle die Zusammenarbeit mit der Verwaltung, zumal seit vier Wochen der Entwurf im Netz steht und seitens der Verwaltung keine Reaktion kam.

Herr Dr. Fassbinder findet den Vorgang „seltsam“; es kann nicht Aufgabe der Politik sein, Satzungen zu erarbeiten. Die Politik sollte Aufgaben verteilen und politische Ziele formulieren. Dem Auftrag, eine Vorkaufsrechtssatzung zu erarbeiten und vorzulegen, kommt die Verwaltung nach.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	6	2

8.13 Moormanagement BV-P/07/0157

Die Vorlage wird durch Herrn Krüger eingebracht. Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: Frau Krauel ist nicht im Raum**.**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	2

9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

Die Frage von Herrn Rappen zu den Gebühren in der Musikschule in der Corona-Zeit wird im Bildungsausschuss beantwortet.

Auf dem Areal des Polders Eisenhammer gab es Baumaßnahmen durch die Stadtwerke/Abwasserwerk. Die Straße befindet sich nach den Baumaßnahmen in keinem korrekten Zustand. Einem betroffenen Sportverein kann wohl seitens der Verwaltung kein Ansprechpartner benannt werden. Herr Dr. Fassbinder bittet, Anfragen solcher Art im Bauausschuss zu stellen. Diese sollten im Vorfeld schriftlich eingereicht werden. Gegebenenfalls muss der Verursacher in Regress genommen werden.

Herr Dr. Kerath fordert eine Lösung zum Parken für die Bauzeit auf dem Nexö-Platz. Herr Dr. Fassbinder warnt vor einem Automatismus; es ist mit Beeinträchtigungen zu rechnen, eine 1:1-Lösung wird es nicht geben.

10 Ende der Sitzung

Die Sitzung wird um 20:10 Uhr beendet.

Vorsitz:	Protokollant/in:
David Wulff	Birgit Rosolski